

Hofheim, 6. Juni 2019

## Kliniken übernehmen Notarztversorgung

Main-Taunus-Kreis vergibt Konzession neu – „Versorgung zügig sichern“

Die Versorgung mit Notärzten im Main-Taunus-Kreis wird neu geregelt. Wie Landrat Michael Cyriax mitteilt, stimmte der Kreisausschuss einer Vergabe des Auftrags an die Kliniken des Main-Taunus-Kreises zu. Bisher war der Verein Notarzdienst mit der Aufgabe betraut. Hintergrund sind den Angaben zufolge konzessionsrechtliche Bedingungen.

Wie Cyriax erläutert, trägt der Main-Taunus-Kreis die Verantwortung für Planung, Organisation und Qualität des Rettungsdienstes und des Notarztwesens im MTK. Der Kreis kann die Aufgabe selbst, mit Eigenbetrieben oder mit externen Partnern regeln. Der bestehende Vertrag mit dem Verein Notarzdienst läuft zum Jahresende 2019 aus.

Aufgrund gesetzlicher Veränderungen müsste eine folgende Ausschreibung europaweit laufen – was nach Angaben von Cyriax die Vergabe erschweren würde. Zudem zeigten Erfahrungen an verschiedenen Orten in Deutschland: Europaweite Ausschreibungen berücksichtigen örtliche Notwendigkeiten und Bedingungen zu wenig; deshalb könnte eine solche Vergabe die Notarztversorgung gefährden.

„Wir wollen ein solches Chaos vermeiden, wie wir es etwa bei der Neuvergabe des Busverkehrs gehabt hatten“, so Cyriax in Anspielungen auf massive Probleme im öffentlichen Nahverkehr zur Jahreswende 2016/17. „Wir wollen gerne mit bewährten Partnern wie den Kliniken zusammenarbeiten, statt uns in europaweiter Ausschreibung auf externe Abenteuer einzulassen.“

Aufgrund gesetzlicher Ausnahmeregelungen könne der Kreis aber die Kliniken ohne solch ein aufwändiges und Risiken bergendes Verfahren beauftragen, so der Landrat: „Wir sichern damit zügig die Notarztversorgung für die Menschen im Main-Taunus-Kreis und haben mit den Kliniken einen verlässlichen Partner gewonnen.“ Die Kliniken ihrerseits könnten Ärzte aus dem eigenen Konzern oder aber niedergelassene Ärzte mit den Aufgaben betrauen.

Finanziell ändere sich für den Kreis nichts: Die Leistungen der Notärzte würden direkt mit den Krankenkassen abgerechnet.